



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG
Service information et presse

REVUE DE PRESSE DU SERVICE INFORMATION ET PRESSE

Recueil d'articles sur l'avis du projet de loi "pandémie" jeudi 11 juin 2020

Veuillez noter que l'accès à nos revues de presse est strictement personnel et confidentiel.
Par conséquent, votre LOGIN et votre PASSWORD ne peuvent être utilisés par des tiers sous aucun prétexte.
Les articles ne peuvent être diffusés à des personnes qui ne font pas partie de l'Administration.
Tout abus constaté par le SIP sera sanctionné par un blocage de votre accès !

Table des matières

Das Covid-Puzzle-Gesetz Luxemburger Wort du jeudi 11 juin 2020 / Michèle Gantenbein	1
„Zusammenhanglose Puzzleteile“ tageblatt du jeudi 11 juin 2020 / Claude Molinaro	2
„Nicht zufrieden“ Lëtzebuerger Journal du jeudi 11 juin 2020 / Christian Block	4
«Un catalogue de mesures trop vague» LE QUOTIDIEN du jeudi 11 juin 2020 / Tatiana Salvan	6

Das Covid-Puzzle-Gesetz

Menschenrechtskommission stört sich besonders an Artikel 7

Von Michèle Gantenbein

„Wir sind nicht zufrieden“, sagte der Vorsitzende der Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH), Gilbert Pregno, gestern bei einer Pressekonferenz zum geplanten Covid-Gesetz. „Dem Gesetzestext fehlt es an Präzision. Er gibt keine Rechtssicherheit, viele Maßnahmen sind unverhältnismäßig.“ Es sei ein Gesetz aus einzelnen Puzzlestücken. Damit meinte er die Verordnungen, die die Regierung während des Etat de crise erlassen hat.

Die Zwangshospitalisation (Artikel 7) sehen die Menschenrechtler ganz besonders kritisch. Sie ist vorgesehen, wenn eine Person infiziert ist, eine Gefahr für andere darstellt, aber nicht in Quarantäne gehen will. In dem Fall kann der Direktor der Santé den Staatsanwalt anweisen, die Person zwangsweise in ein Krankenhaus einzuweisen. „Diese Maßnahme kommt einem Freiheitsentzug gleich und bedeutet einen tiefen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“, sagte der Jurist der CCDH, Max Mousel.

Vertrauen statt Zwang

Auch wenn eine solche Maßnahme unter sehr limitierten Bedingungen aus Menschenrechtssicht möglich sei, gehe diese Maßnahme dann doch sehr weit, so Mousel. Besser wäre, wenn man auf das

Vertrauen, das Verantwortungsbewusstsein und die Kollaboration der Bevölkerung setzen würde. Man müsse sich prinzipiell fragen, „ob diese Maßnahme überhaupt erwünscht ist und ob sie eine verhältnismäßige Antwort auf ein tatsächliches Problem ist“. Die CCDH fordert die Regierung auf, sich das genau zu überlegen und eine transparente und partizipative Debatte über die Frage zu führen. Sollte die Regierung an der Maßnahme festhalten, brauche sie – um menschenrechtskonform zu sein – einen klaren gesetzlichen Rahmen, „sie muss ein legitimes Ziel verfolgen, sie muss verhältnismäßig und auf das Nötigste beschränkt sein“, so Mousel. Wie die Maßnahme sich im Gesetzentwurf darstellt, ist sie für die CCDH inakzeptabel.

Luxemburg hat seit 1980 ein Gesetz, das die Zwangseinweisung von Menschen mit einer ansteckenden Krankheit in ein Krankenhaus erlaubt. „Unseren Informationen zufolge wurde während des Etat de crise auch darauf zurückgegriffen“, sagte Mousel. Allerdings findet sich darüber keine Information im Gesetzentwurf. Die CCDH fordert die Regierung auf, Zahlen zu veröffentlichen, die zeigen, wie oft in den vergangenen 40 Jahren „und ganz besonders während des Etat de crise auf die

Zwangshospitalisation auf Basis dieses Gesetzes zurückgegriffen wurde“, so der Jurist der CCDH.

Geschlossene Psychiatrie

Die CCDH fordert auch klarere Angaben zu den Strukturen, in die Menschen eingewiesen werden können. Eine Einweisung in eine geschlossene Psychiatrie kommt für die CCDH unter keinen Umständen in Frage. Des Weiteren fehlen die Bedingungen, unter denen eine Zwangseinweisung verordnet beziehungsweise nicht verordnet werden darf. Im Gesetzentwurf wird als einziger Grund der Begriff „danger pour la santé ou la sécurité d'autrui“ angeführt. Das sei viel zu vage.

Darüber hinaus wird keine Altersgrenze angegeben. Theoretisch können also auch Kinder, Eltern von Kindern, Sterbende oder Opfer von häuslicher Gewalt, die in einem Heim leben, zwangseingewiesen werden, so die Kritik der CCDH. „Unserer Auffassung nach muss unbedingt die persönliche Situation jeder einzelnen Person berücksichtigt werden, um zu verhindern, dass die Zwangseinweisung den Betroffenen und deren Umfeld größeren Schaden zufügt als die Infektion selbst“, so Mousel.

Quarantänemaßnahmen

„Die Quarantänemaßnahmen

schränken die Grundrechte der Bürger stark ein und können einen negativen Impact auf andere Grundrechte haben, wie zum Beispiel das Recht auf ein normales Familienleben“, sagte Anamarija Tunjic, ebenfalls Juristin. Aus Menschenrechtssicht sind solche Maßnahmen möglich, „allerdings müssen vorab weniger einschneidende Maßnahmen in Betracht gezogen werden“, so Tunjic. Werden die Maßnahmen dennoch ergriffen, müssen sie aus Sicht der Menschenrechtler begründet werden. Dazu finde man aber keine Informationen im Gesetzestext.

Um ungerechtfertigte Quarantänen zu verhindern, schlägt die CCDH vor, im Verdachtsfall Tests durchzuführen. Wichtig sei auch, beim Ausgehverbot Ausnahmen vorzusehen, zum Beispiel dringende Arztbesuche oder familiäre Notfälle wie häusliche Gewalt.

● Die Frage ist, ob
● die Maßnahme überhaupt erwünscht ist und ob sie eine verhältnismäßige Antwort auf ein tatsächliches Problem ist.

Max Mousel

COVID-19-GESETZ

„Zusammenhanglose Puzzleteile“

Kritik der Menschenrechtskommission CCDH

Claude Molinaro

Die Regierung möchte eine Reihe der Maßnahmen, die im Rahmen des Ausnahmezustands getroffen wurden, über den 24. Juni hinaus verlängern. Die Menschenrechtskommission wies am Mittwoch in ihrem Gutachten auf zahlreiche Mängel des Gesetzesvorhabens hin.

Das Covid-19-Gesetz soll die Einschränkung der persönlichen Freiheiten nach dem Ende des Ausnahmezustands am 24. Juni regeln; das Gesetzesvorhaben sieht Regeln für Quarantäne, Isolierung, Zwangshospitalisierungen und eine Datenbank mit persönlichen Informationen über den Gesundheitszustand von Infizierten vor. Die Menschenrechtskommission CCDH kritisiert das Gesetzesvorhaben als in großen Teilen zu vage formuliert. Die angegebenen Maßnahmen seien weder genau umrissen noch ihre Notwendigkeit eindeutig geklärt und zum Teil nicht verhältnismäßig. Insgesamt kritisiert der Präsident der Kommission, Gilbert Pregno, den vorliegenden Text als zusammengebastelte Puzzleteile, die kein Gesamtbild ergeben. Eine Nachbesserung dränge sich quasi auf.

Die CCDH begrüßt zwar die Tatsache, dass das Gesetz wohl in einigen Punkten juristische Klarheit schafft, allerdings seien etliche Definitionen viel zu vage, einige Begriffe seien überhaupt nicht definiert. Als Beispiele nennt sie Ausdrücke wie „danger pour la santé ou la sécurité d'autrui“ oder „établissement hospitalier ou une autre institution“. Dieser Mangel an Präzision lasse der Regierung zu viel Spielraum, meint Max Mousel, Jurist der Menschenrechtskommission.

Alle Entscheidungen in diesem Zusammenhang müssen auf wissenschaftlichen Tatsachen beruhen und alle diesbezüglichen Informationen der Öffentlichkeit zugänglich sein, fordert die Kom-

mission. Sie begrüßt allerdings, dass die Demonstrationsfreiheit ausdrücklich von den Sicherheitsmaßnahmen ausgenommen ist, wünscht sich allerdings mehr Flexibilität, was die Maskenpflicht betrifft, da nicht jeder eine solche tragen könne.

Um eine Ausbreitung des Virus zu verhindern, sieht das Gesetzesvorhaben die Möglichkeit vor, Menschen, von denen angenommen wird, sie seien infiziert, unter Quarantäne zu stellen; infizierte Personen könnten isoliert werden. Da solche Maßnahmen die Freiheitsrechte von Menschen erheblich beeinträchtigen, müssen sie notwendig, verhältnismäßig und zweckgebunden sein. Man dürfe nicht vergessen, dass es sich um eine freiheitsberaubende Maßnahme handelt, und die müsse durch entsprechende Garantien klar eingegrenzt sein. Die Regierung nenne hingegen keine Alternativen von weniger drastischen Maßnahmen – die sich als nicht effizient erwiesen hätten –, um die Mittel der letzten Instanz zu rechtfertigen.

Eine wichtige Frage, die der Text allerdings nicht beantworte, stelle sich bezüglich der Personen, die sich den Zwangsmaßnahmen verweigern. Das Gesetz aus dem Jahr 1980 bezüglich der Organisation der Gesundheitsbehörde sieht nämlich strafrechtliche Sanktionen vor, wenn Anweisungen des Direktors der „Santé“ missachtet werden. Um die Menschenrechte zu garantieren, müsse das Gesetz Ausnahmeregelungen vorsehen, um den Zugang zu notwendigen Gütern und Dienstleistungen zu gewährleisten.

Die CCDH fragt sich, wie mutmaßlich Infizierte überhaupt identifiziert werden sollen. Es gebe dabei ein Missbrauchsrisiko: Menschen mit böswilligen Absichten könnten Leute fälschlicherweise beschuldigen, Kontakte zu Infizierten gehabt zu haben. Falls ein „Beschuldigter“ solche Kontakte abstreitet, müsse es eine schnelle

Testmöglichkeit geben.

Es sei zwar zu begrüßen, dass den Personen, die nicht zu Hause bleiben können, Alternativen angeboten werden könnten; doch es bestehe die Gefahr einer Zwangshospitalisierung, falls die Alternative abgelehnt wird. Die Orte, wo die mutmaßlich oder tatsächlich Infizierten untergebracht würden, müssen klar definiert werden. Die spezielle Situation von Opfern häuslicher Gewalt, Obdachlosen und Menschen ohne Papiere müsse unbedingt dabei berücksichtigt werden.

Das Gesetz solle nicht nur die Möglichkeit einer Berufung vorsehen, sondern auch, dass ein Richter über jede Verlängerung einer solchen Maßnahme entscheidet. Das Gesetz solle darüber explizit festhalten, dass die Maßnahme automatisch endet, wenn der Gesundheitszustand des Betroffenen es erlaubt.

Zwangshospitalisierung

Eine Zwangshospitalisierung könnte zwar im Hinblick auf die Gesundheit anderer Menschen gerechtfertigt sein, doch dazu sei ein strikter gesetzlicher Rahmen notwendig, und das Verhältnismäßigkeitsprinzip müsse gewährleistet sein. Ein besonderer Dorn im Auge der CCDH ist die Tatsache, dass der Ort, an den eine Person zwangseingewiesen werde könne, nicht genau definiert ist. Es bestehe die Gefahr, dass Menschen in einer psychiatrischen Einrichtung eingesperrt würden, nur weil sie ein Gesundheitsrisiko darstellten. Das sei ein „No-Go“, sagt Gilbert Pregno. Die Kriterien einer Zwangshospitalisierung müssten genauestens festgelegt sein. Darüber hinaus schlägt die CCDH vor, Zwangshospitalisierungen von einem Komitee aus Experten und Vertretern der Zivilgesellschaft überwachen zu lassen.

Es sei zu begrüßen, dass der Präsident des Bezirksgerichts die

Anordnung des Staatsanwalts begutachten muss. Da jedoch auch in strafrechtlichen Angelegenheiten eine Person nur für maximal 24 Stunden ohne Gerichtsbeschluss festgehalten werden dürfe, müsse die Frist, innerhalb welcher der Richter die Maßnahme bestätigen muss, von den vorgeschlagenen 48 Stunden auf 24 verkürzt werden. Der Richter müsse auch verpflichtet sein, die Zwangsmaßnahme regelmäßig neu zu prüfen, mindestens vor jeder Verlängerung.

Eine infizierte Person muss darüber hinaus über alle Verfahrens-

rechte verfügen: Sie muss das Recht haben, vom Richter angehört zu werden, wenn notwendig per Videokonferenz.

Die CCDH äußert auch massive Sicherheitsbedenken bezüglich des Plans einer speziellen Datenbank zum Zweck der öffentlichen Gesundheit. Darin sollen persönliche und gesundheitsrelevante Daten erfasst werden. Es gehe dabei um sehr sensible Daten, deren Nutzen strengstens geregelt sein müsse. Das Gesetz wolle zwar den Zugang zu den Daten begrenzen, doch die CCDH bedauert, dass nicht präzisiert ist, wer Ak-

teneinsicht erhält. Das Gesetz müsse die Rechte der Betroffenen klar darlegen, wie etwa Zugangs- und Änderungsrechte. Jegliches Aufrufen der Datenbank solle protokolliert werden, um den Urheber einer Abfrage und seine Motive identifizieren zu können. Schließlich fordert die CCDH eine klare zeitliche Begrenzung der Datensammlung. Wird eine Person als negativ getestet, müssten deren gesammelte Daten umgehend gelöscht werden.

„Nicht zufrieden“

Beratende Menschenrechtskommission sieht viele Probleme mit dem geplanten Covid-Gesetz

LUXEMBURG
CHRISTIAN BLOCK

Mit dem jetzt vorliegenden Gutachten der beratenden Menschenrechtskommission wachsen die Reihen der Kritiker, die dem geplanten Covid-19-Gesetz der Regierung skeptisch gegenüber stehen. „Man muss sagen, dass wir nicht zufrieden sind“, sagte Gilbert Pregno, Präsident der „Commission Consultative des Droits de l'Homme“ (CCDH) gestern bei der Vorstellung der Stellungnahme. Dem Gesetzesentwurf mit der Nummer 7606 mangle es an Präzision und an Proportionalität. Die Lektüre des Entwurfs weckt bei Pregno den Eindruck eines Puzzles, für dessen Teile sich die Autoren an den verschiedenen großherzoglichen Verordnungen bedient hätten, die während der Pandemie erlassen wurden, sowie am Gesetz vom 1980 über die Zwangseinweisungen ins Krankenhaus.

Der CCDH-Jurist Max Mousel begrüßt zwar, dass „eine Reihe von Definitionen“ im Entwurf vorgesehen sind, was bei den großherzoglichen Verordnungen noch nicht der Fall gewesen sei. „Aber die sind uns nicht präzise genug“, merkte er an. Andere Begriffe seien hingegen überhaupt nicht definiert. Ebenso nuanciert fällt das Urteil der Kommission zur Versammlungsfreiheit aus: Die CCDH begrüßt, dass die Demonstrationsfreiheit explizit von den Bewegungs- und Versammlungseinschränkungen zur Eindämmung der SARS-CoV-2-Verbreitung ausgenommen ist, bedauert im gleichen Atemzug aber, dass dieses Grundrecht in der sanitären Krise ausgesetzt wurde.

Wer sich die Ausführungen der CCDH-Juristen gestern anhörte, konnte den Eindruck haben, dass beim Verfassen des Gesetzesentwurfes viele Detailfragen nicht bedacht wurden. Wer Atmungsprobleme habe, könne beispielsweise keinen Mundschutz tragen. Bei der im Gesetz geplanten Verankerung einer Mund-Nasen-Abdeckungspflicht müsse daher eine gewisse Flexibilität walten.

Zwangsquarantäne muss klarer umrahmt werden

Viele Fragen stellt sich die Beratende Menschenrechtskommission zur viel diskutierten Zwangsquarantäne beziehungsweise -isolierung. Die CCDH ist der Einschätzung, dass eine solche Maßnahme in Kombination mit einer Ausgangssperre einem Freiheitsentzug gleichkommt, der mit bestimmten Garantien einhergehen muss. Zuvorderst müsse klar geregelt sein, wie Personen auf Verdacht einer Infektion mit dem Coronavirus

identifiziert werden. Es bestehe „ein gewisses Risiko von Missbrauch“, wenn etwa jemand die Behauptung aufstelle, jemand anderes wäre infiziert. Weniger einschneidende Maßnahmen wären hier in den Augen der CCDH angebracht. Nicht klar ist, was geschieht, wenn sich eine Person einer Quarantäneanweisung widersetzt. Das Covid-19-Gesetz sehe in diesem Falle keine Konsequenzen vor, im Gesetz von 1980 drohen hingegen strafrechtliche Folgen. Die Menschenrechtskommission ist der Ansicht, dass in allen Fällen Alternativen und Ausnahmen für das Ausgangsverbot gelten müssen, beispielsweise in Notfällen in der Familie. Denn durch die angeordnete Quarantäne würden andere Grundrechte impaktiert werden. Das Gesetz müsste auch klare Angaben dazu machen, wo Personen gegebenenfalls platziert werden können, bemerkte die Juristin Anamarija Tunjic.

Bedenken bei Zwangshospitalisierung

Kontroverse Diskussionen gab es innerhalb der CCDH zur Zwangshospitalisierung von Covid-19-Infizierten. Prinzipiell hält die Kommission in ihrem Gutachten fest, dass ein solcher Eingriff in die Grundrechte und -freiheiten dann begründet sein kann, wenn dadurch die Gesundheit und Sicherheit anderer geschützt werden kann - und gleichzeitige enge Rahmenbedingungen und klare Kriterien gelten. Allerdings warf Mousel die Frage auf, ob es nicht besser wäre, auf das Vertrauen, das Verständnis und die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung zu setzen.

Die gesetzliche Möglichkeit der Zwangseinweisung in ein Krankenhaus besteht seit 1980. Laut Informationen der CCDH habe die Regierung mehrfach versucht, im Ausnahmezustand auf diese Bestimmungen zurückzugreifen, um Covid-19-Infizierte einzuweisen. Für die CCDH forderte Mousel gestern Transparenz von der Regierung darüber, wie oft diese Bestimmung in den vergangenen 40 Jahren zur Anwendung kam. Ohnehin sei „das Gesetz von 1980 in unseren Augen alles andere als ideal“.

Klarstellungen vermisst das beratende Gremium zu den Bedingungen, unter denen eine Zwangshospitalisierung erfolgen kann, wie auch zu den Orten, die dafür infrage kommen. Unter keinen Umständen dürfe eine Person aus sanitären Gründen in einer geschlossenen Psychiatrie unterkommen, mahnt die CCDH. Wenn sie positiv findet, dass ein Richter automatisch nach einer gewissen Zeitspanne prüfen muss, ob die Zwangshospitalisierung gerechtfertigt ist, ist ihr die Frist von 48 Stunden dafür eindeutig zu lang - im Strafrecht sind es 24 Stunden.

Die Liste der Anmerkungen der Beratenden Menschenrechtskommission ist damit noch längst nicht ausgeschöpft. Viele Fragen warf Tunjic beispielsweise zum Thema Datenschutz auf, etwa zur Dauer der Aufbewahrung von Daten, ihrer Nutzung oder dem Zugriff darauf.

Das geplante Covid-19-Gesetz verlängert bestimmte im Ausnahmezustand beschlossene Maßnahmen wie Versammlungseinschränkungen (maximal sechs Besucher in einem Haushalt, ...) oder die Mundschutzpflicht und muss noch vor Ende des Ausnahmezustands am 24. Juni durchs Parlament. Das Gesetz gilt für die Dauer eines Monats, muss also binnen eines Monats wieder verlängert werden. ●

„Die Definitionen sind uns nicht präzise genug“

MAX MOUSEL, Jurist der CCDH

«Un catalogue de mesures trop vague»

La Commission consultative des droits de l'homme a rendu son avis concernant le projet de loi qui devra permettre au pays de sortir de l'état de crise. Elle déplore des mesures imprécises.

De notre journaliste
Tatiana Salvan

Le 24 juin prochain, le Luxembourg sortira de l'état de crise instauré au mois de mars dans le but de permettre au gouvernement de prendre des mesures urgentes pour faire face à la crise du Covid-19. Mais le virus et ses conséquences n'auront pas disparu pour autant à cette date, aussi un cadre légal doit-il être mis en place, dans un premier temps pour une durée d'un mois après son adoption. Il sera reconductible de mois en mois si nécessaire.

La Commission consultative des droits de l'homme (CCDH), à l'instar des autres institutions qui doivent rendre leur avis sur ce cadre légal, a donc eu très peu de temps pour examiner les quelque 130 règlements qui composent le projet de loi n° 7606 visant à introduire «des mesures concernant les personnes physiques dans le cadre de la lutte contre le virus». Des règlements qui tendent à restreindre inéluctablement les droits humains au nom de la protection de la santé publique.

Mais ces libertés peuvent être d'autant plus mises à mal que les mesures restent vagues, laissant ainsi la porte ouverte à toutes sortes d'interprétations et d'abus. Et c'est là précisément ce que ce que reproche la CCDH à ce projet de loi: «Trop nombreuses sont les dispositions qui manquent de précision en ce qui concerne les champs d'application, leurs modalités et les garanties prévues pour éviter des abus», indique-t-elle dans son rapport. «Ce catalogue de mesures reste trop vague dans sa forme actuelle.»

«Cette crise pandémique a conduit à créer un contexte où il y a eu des remises en questions de

nos droits fondamentaux. Nous estimions que c'était alors légitime car il s'agit d'une crise très grave – même si aujourd'hui nous disposons de plus d'informations et pouvons quelque peu relativiser tout ceci», rappelle Gilbert Pregno, le président de la CCDH. «Pour nous, et dans les textes internationaux, la réduction des droits fondamentaux est possible, à condition que cela soit proportionnel et nécessaire. Nous nous demandons donc jusqu'à quel point ces droits doivent-ils être réduits et qu'est-ce qui va continuer à exister? Les droits humains sont importants, surtout en temps de crise». La CCDH souligne par ailleurs que «le risque de discrimination est omniprésent et aggravé en temps de crise».

Hospitalisation forcée

Parmi les dispositions qui ont particulièrement alerté la CCDH: l'hospitalisation forcée d'une personne atteinte de Covid-19. Une mesure qui a fait débat au sein même de ses rangs. «Est-ce que c'est une solution proportionnelle? Justifiée? Nécessaire? Où va-t-on hospitaliser cette personne, si elle y est contrainte? L'internement en psychiatrie, réservé aux personnes souffrant de troubles mentaux, est exclu pour ceux qui ne respectent pas les règles sociales. L'hospitalisation forcée constitue une ingérence flagrante dans les droits et libertés fondamentaux des personnes atteintes de Covid-19, mais cela peut être envisageable pour des motifs exceptionnels tels que la protection de la santé ou la sécurité d'autrui. Le sujet est com-

plexe et demande réflexion. Mais ce qui est certain, c'est qu'en l'état actuel, les dispositions prévues dans ce projet de loi ne sont pas assez claires, et peuvent prêter à des abus», signale Gilbert Pregno.

Autres points qui demandent des clarifications d'après la CCDH: la mise en quarantaine des personnes suspectées d'être infectées au Covid-19 (la CCDH demande notamment des précisions concernant les solutions envisagées lorsqu'un maintien à domicile est impossible, comme pour les victimes de violence domestique, les sans domicile fixe ou les sans-papiers), ainsi que la protection des données collectées. La CCDH invite ainsi les législateurs à «déterminer et délimiter clairement dans le projet de lois, quelles données sont collectées et transmises à la direction de la Santé» et de «réévaluer périodiquement la nécessité de cette collecte». «Une limitation temporelle claire» concernant leur durée de conservation doit figurer dans le projet de loi, insiste-t-elle.

Si la CCDH se montre «très critique», Gilbert Pregno reste toutefois «très confiant dans la capacité du maintien des droits et des libertés au Luxembourg». «En France, j'ai plus de réticence – des lois votées pour lutter contre le terrorisme en 2015 à la suite des attentats de *Charlie Hebdo* n'ont pas été retirées et ont été utilisées dans le cadre des manifestations des "gilets jaunes". Ici, je pense que nous vivons dans un État de droit. Nous sommes dans un pays démocratique où il y a beaucoup d'instituts de défense des droits de l'homme et il y a une écoute et une capacité à se mobiliser», estime le président de la CCDH.

Anwendung der geplanten Maßnahmen ist „illusorisch“

COVID-19-GESETZ Staatsanwaltschaft kritisiert Zwangshospitalisierung

Luc Laboulle

Die Justizbehörden üben scharfe Kritik an Artikel 7 des ersten der beiden Covid-19-Gesetzesentwürfe, der die Zwangshospitalisierung von Corona-Patienten vorsieht. Das Projekt werfe mehr Fragen auf, als es Antworten liefere, bemängelt Generalstaatsanwältin Martine Solovieff in ihrem Gutachten. Staatsanwalt Georges Oswald bezeichnet die Anwendung des Gesetzes in seiner aktuellen Form als „illusorisch“. Auch die beratende Menschenrechtskommission hinterfragt die Praxis der Zwangseinweisung. Die nationale Datenschutzkommission kritisiert vor allem, dass die Daten infizierter und mutmaßlich infizierter Personen vergleichsweise lange gespeichert werden können.

Die nationale Datenschutzkommission CNPD, die Menschenrechtskommission CCDH, die Generalstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft des Bezirksgerichts Luxemburg haben in den vergangenen Tagen erste Gutachten zum ersten Covid-19-Gesetz abgegeben, das die Einschränkung der persönlichen Freiheiten nach Ablauf des „Etat de crise“ am 24. Juni regeln soll. Obwohl die Justizbehörden nicht dazu eingeladen waren, Stellung zu beziehen, haben sie sich aufgrund bestimmter

Maßnahmen im Gesetzesprojekt trotzdem dazu geäußert. Die Generalstaatsanwaltschaft und die Staatsanwaltschaft des Bezirksgerichts Luxemburg stören sich insbesondere an Artikel 7 über die Zwangshospitalisierung, der sich an Artikel 11 des Gesetzes vom 21. November 1980 zur Organisation der Gesundheitsdirektion und an das Gesetz vom 10. Dezember 2009 über die Zwangshospitalisierung von Personen mit psychischen Störungen anlehnt. Das

Gesetz von 1980 erlaubt es der Gesundheitsbehörde, Zwangseinweisungen bei ansteckenden Krankheiten durchzusetzen. Ähnlich wie das Gesetz von 2009 sieht der nun vorliegende Covid-19-Gesetzesentwurf vor, dass der Staatsanwalt die Zwangseinweisung verordnen kann, wenn eine Person eine Gefahr für die Sicherheit oder Gesundheit anderer darstellt.

Das Parlament hat Artikel 7 des nun vorliegenden Gesetzesentwurfs damit verteidigt, dass es den Einspruch gegen die Zwangshospitalisierung im Vergleich zum Gesetz von 1980 vereinfache. Generalstaatsanwältin Martine Solovieff weist in ihrem Gutachten aber darauf hin, dass das Gesetz von 1980 schon längst hätte reformiert oder angepasst werden müssen. Neben einigen unklaren Formulierungen über den Wohnort des Einzuweisenden stellen sich im aktuellen Gesetzesentwurf laut Solovieff mehrere rechtsstaatliche Fragen. So soll der Generalstaatsanwalt die Zwangshospitalisierung aufgrund einer Benachrichtigung der Gesundheitsbehörde anordnen, die dann von der Polizei ausgeführt wird. Laut Solovieff sieht das Gesetzesprojekt jedoch nicht vor, dass der Betroffene über seine Verteidigungsrechte informiert werden muss, und es sei unklar, wie er dies geltend machen kann. Der Staatsanwalt am Bezirksgericht Luxemburg, Georges Oswald, stellt die Frage, wie der Staatsanwalt überhaupt wissen oder ermitteln kann, ob eine Person, die zu Hause isoliert ist, eine Gefahr für andere darstellt.

Nach der Zwangseinweisung muss der Präsident des Bezirksgerichts innerhalb von 48 Stunden entscheiden, ob der Patient weiter hospitalisiert bleibt, ob er in Isolation muss oder ob er das Krankenhaus verlassen darf. Auf welchen anderen Grundlagen als dem Gutachten der Gesundheitsdirektion er diese Entscheidung in so kurzer Zeit treffen soll, ist aber unklar.

„Sur base de quels éléments le président qui n'est pas un expert médical pourra-t-il prendre une autre décision que celle proposée par le directeur de la santé? Comment pourra-t-il apprécier si une personne refuse obstinément de s'isoler? Faudra-t-il charger la Police du contrôle respectivement quels sont les moyens disponibles si une personne persiste à vouloir faire usage de sa liberté d'aller et venir?“, fragt die Generalstaatsanwältin in ihrem Gutachten. „Mais comment le président du tribunal pourra-t-il apprécier l'avis du directeur de la santé, en l'absence d'une autre pièce médicale?“, will Georges Oswald wissen.

Notwendig und
verhältnismäßig?

Fragen stellen sich die Staatsanwälte aber auch im Hinblick auf den Rekurs gegen seine Zwangseinweisung, den der Patient innerhalb von fünf Tagen mit einem einfachen Brief an das Bezirksgericht einlegen kann. Eine Prozedur vor dem Bezirksgericht mit einem einfachen Brief einzuleiten, sei gar nicht vorgesehen, betont Solovieff. „Au regard de ces observations on en arrive à conclure que la procédure telle qu'envisagée génère plus d'interrogations que de solutions et que sous le couvert de vouloir introduire un débat contradictoire on en aboutit à une procédure pour le moins unilatérale dans laquelle la personne à hospitaliser de manière forcée est privée de ses droits effectifs de sa défense“, schließt die Generalstaatsanwältin ihr Gutachten. Oswald kommt in seiner Einschätzung zu dem Schluss, dass die Anwendung der im Gesetzesprojekt vorgesehenen Maßnahmen in der gegenwärtigen Form illusorisch sei.

Auch die konsultative Menschenrechtskommission CCDH

hat gestern Kritik an der Zwangshospitalisierung geäußert. Die CCDH hinterfragt in ihrem Gutachten die Notwendigkeit und die Verhältnismäßigkeit dieser Praxis und fordert, dass sie nur in letzter Instanz angewandt werden dürfe. Kritik übt die CCDH auch an der im Gesetzesprojekt vorgesehenen Isolierung und Quarantäne, die die Gesundheitsdirektion anordnen kann. Solche freiheitsraubenden Maßnahmen dürften nicht ohne die notwendigen Garantien umge-

setzt werden und die Regierung müsse alternative Maßnahmen vorlegen, so die CCDH.

Die nationale Datenkommission CNPD äußert in ihrer Stellungnahme vor allem Kritik an der Datenspeicherung von infizierten und mutmaßlich infizierten Personen durch die Gesundheitsbehörde. Die Daten sollen zu Forschungszwecken genutzt werden können. Das aktuelle Gesetzesprojekt sieht vor, dass die Daten erst nach sechs Monaten anonymisiert werden sollen. Die CNPD verweist darauf,

dass in Frankreich und Belgien eine kürzere Frist von nur drei Monaten vorgesehen sei. Die Datenschutzkommission sieht auch nicht ein, wieso Daten von negativ getesteten Personen gespeichert werden sollen.

Die beiden Covid-19-Gesetze müssen vor dem Ablauf des „Etat de crise“ am 24. Juni vom Parlament angenommen werden und sollen einen Monat gültig sein. Das Gutachten des Staatsrats steht noch aus.

Et ass een net zefridde mam Covid-Gesetzesprojet

Vum Caroline Mart (Télé), Maxime Gillen (Radio)|Update: 10.06.2020 22:44

Kritik vun der Mënscherechtskommissioun

Den Artikel iwwert d'"Hospitalisation forcée" wier fir si besonnesch schwéier ze verdaue gewiescht.

Den Artikel iwwert d'"Hospitalisation forcée" wier fir si besonnesch schwéier ze verdaue gewiescht.

D'Situatioun ass net méi akut, ma de Virus ass nach ëmmer do. Den Etat d'urgence ass de 24. Juni eriwuer, ma eng Rei Reegele bleiwen. Deemno mussen eng Rei Reglementer, déi während dem Etat d'urgence decidéiert goufen, eng nei legal Basis kréien. Den entspreichende Gesetzesprojet huet sech dann och d'Mënscherechtskommissioun ugekuckt an huet nach eng ganz Partie Lacunne fonnt.

Den Artikel iwwert d'Hospitalisation forcée wier fir si besonnesch schwéier ze verdaue gewiescht, esou de Max Mousel, Jurist vun der Mënscherechtskommissioun. Konkret gesäit dësen Artikel nämlech vir, dass de Procureur d'Etat – op Demande vum Direkter vun der Santé – eng infizéiert Persoun kann zwéngen an d'Spidol ze goen. Dat wann dës Persoun eng Gefor fir d'Gesondheet vun aneren ass a refuséiert vun Doheem fortzegoen. Eng Mesure, déi der CCDH no, en immens groussen Agrëff an déi perséinlech Fräiheeten ass an déi d'Regierung onbedéngt nach eng Kéier sollt iwwerdenken.

Ausserdeem géif den aktuellen Text net kloer definéieren, wou dës Leit da géifen zwangshospitaliséiert ginn: *"Fir eis ass dat inakzeptabel esou. Déi Plaze mussen ganz kloer definéiert an encadréiert ginn. An et dierf och zum Beispill op kee Fall sinn, dass eng Persoun an eng geschlossene Psychiatrie gestach gëtt, nëmme well se e sanitäre Risiko fir aner Leit kéint duerstellen."*

Probleemer gesäit d'CCDH iwwerdeems och beim Dateschutz. De Gesetzesprojet gesäit vir, dass eng ganz Rei Donnéeën vun infizéierte Persounen, respektiv vu Leit, déi am Verdacht stinn infizéiert ze sinn, gesammelt ginn. D'Mënscherechtskommissioun fuerdert an deem Kader ënnert anerem, dass kloer festgehale gëtt wien wéini a firwat op dës Donnéeën zougegraff huet.

Ausserdeem misst am Gesetz stoen, wéi laang dës Donnéeën dierfe gehale ginn, esou d'Annamarija Tunjic, Juristin bei der CCDH: *"Wat d'Fro ugeet, wéi laang dës Donnéeën kënnen gespäichert ginn, ënnersträiche mir vehement, dass déi aktuell Formulatioun vun 'la durée nécessaire pour prévenir et combattre le Covid-19' vill ze vage ass a mir insistéieren drop, dass eng kloer zäitlech Limit an de Gesetzestext stoe kënn. Eiser Meenung no misst hei och en Ënnerscheid gemaach ginn tëscht den Donnéeën vun infizéierte Leit a vun deene Leit, wou dat nëmme ugeholl gëtt. Soubal een negativ getest gëtt, sollten dës Donnéeën geläscht ginn."*

Et ass um Enn also en enttäuschende Bilan, deem de President vun der Mënscherechtskommissioun, Gilbert Pregno, hei zitt: *"Et muss ee soen, dass mir net zefridde sinn doriwwer. D'Zil, dat gestach ginn ass, gött net erfëllt. Et ass e Gesetzestext, deem felt et u Prezisioun. Et ass e Gesetzestext, dee keng Rechtssécherheet gött. Et sinn eng ganz Rei Moossnamen, déi net proportionell sinn a wou een och net weess, wéi déi sollen ëmgesat ginn."*



Source : <https://www.rtl.lu/news/national/a/1532092.html>

radio 100,7

Mënscherechter De Gilbert Pregno fuerdert en Ëmdenken an Alters- a Fleegeheemer

11. Jun 2020 - 15:00

De President vun der consultativer Mënscherechtskommissioun ass entsat iwwer déi (a sengen Aen) exzessiv Restriktiounen, zu deenen de Confinement a verschiddenen Alters- a Fleegeheemer geféiert huet. Et misst en Ëmdenke kommen, an dat misst vu bannen an deenen Haiser kommen, esou de Gilbert Pregno. Et sollt een net op Instruktiounen vun der Regierung waarden, well d'Regierung hätt weder déi néideg Ressources humaines, nach déi néideg Kompetenzen "fir do anzesprangen".

Maurice Molitor (Interview) / Chris Zeien (Web)



De Gilbert Pregno ass de President vun der consultativer Mënscherechtskommissioun

Déi betreffen Aariichtunge misste sech fir d'Zukunft selwer Reegele ginn. De Paternalismus, deen an esou Situatiounen dacks un den Dag geluecht géif ginn, wier fir hien net zülféierend. "Dat si Leit, déi an enger grousser Ofhängegkeet liewen, an dofir muss een extra gutt oppassen." Hie kéint novollzéien, datt d'Féierunge vun esou Institutiounen wéilte vermeiden,

datt de Virus sech an hirem Haus ausbreet, esou de Gilbert Pregno, eng allgemeng Léisung hätt hien och net parat.

"A wann Der mech elo géift froen: "Wéi hätt dat solle geschéien?", da géif ech erëm eng Kéier soen: "Ech weess et och net." Mee ech weess, datt et do aner Weeër ginn, an net nëmmen dofir suergen, datt mer eis der Tyrannei vun deem Virus ënnerleeën, an dann dee Moment Moosnamen huelen, déi am Fong esou an d'Mënscherechter agräifen. Also mech huet dat immens betraff."

Am Ad hoc Grupp gouf nach guer net iwwer d'Covid-Gesetz geschwat

Muer Freideg ass eng véiert Reunioun vum Ad hoc Grupp, deem d'Regierung agesat hat, fir sech bei der Decisioun vun Anti-Covid-Mesurë begleeden ze loossen. Dee Grupp setzt sech aus aacht Perséinlechkeeten aus der Zivilgesellschaft zesummen, dorënner zum Beispill d'Presidente vu Chambre de Commerce a Chambre des Salariés Luc Frieden an Nora Back, d'Ombudsman Claudia Monti an den Eethiker Erny Gillen. Och de Gilbert Pregno, de President vun der consultativer Mënscherechtskommissioun CCDH, ass Member vun deem Grupp. Den Impakt vun deem, wat do diskutéiert gëtt, nennt de Gilbert Pregno "bescheiden".

Et wier virun allem en "Uneneereie vun ënnerschiddleche Meenungen" an hien hätt net den Androck, datt d'Mënscherechtskommissioun do e "bouleversanten Afloss" op d'Entscheedungen hätt, déi geholl gi sinn.

Iwwer d'Covid-Gesetz (iwwer dat d'CCDH jo e ganz kriteschen Avis gemaach huet) wier an deem Ad hoc Grupp nach guer net geschwat ginn, esou de Gilbert Pregno.

Den aktuellen Text ass problematesch

Vill Mesuren am Covid-Gesetz wieren disproportionéiert, net wierklech noutwendeg an net onbedéngt zilorientéiert. Dat ass - an der Substanz - dat, wat déi consultativ Mënscherechtskommissioun um Projet de loi, deem am Moment diskutéiert gëtt, aussetzen huet. De Mëttwoch huet d'CCDH hiren Avis virgestallt. Den Text géif keng Rechtsécherheet bidden, esou de Gilbert Pregno.

Esou een Text misst senger Meenung no vu Leit mat der néideger Erfahrung redigéiert ginn. Den aktuellen Text géif a sengen Aen enger juristescher Analys net standhalen, esou de President vun der consultativer Mënscherechtskommissioun.

Source: <https://www.100komma7.lu/article/aktualiteit/de-gilbert-pregno-fuerdert-en-emdenken-an-alternativen-a-fleegeheimer>